

Fokus

Alles andere als schulmässig

Wirtschaft, Wissenschaft und Eltern stellen der öffentlichen Schule ein schlechtes Zeugnis aus. Und ergreifen selbst die Initiative

VON MICHAEL LÜTSCHER UND MARCO MORELL

Draussen hängt der Hochnebel, drinnen wartet der Prüfungsstress. Gestern Samstagmorgen, kurz vor acht im Berufsschulhaus Telli in Aarau: Zwei Dutzend halbwüchsige Jugendliche drücken sich in die Schulbänke, ein Herr im Anzug ergreift jovial das Wort und erklärt ihnen eine umfassende Aufgabe, die Basic-Check heisst. Ausgedeutet: Das Schulwissen der Schülerinnen und Schüler aus Bezirks- und Sekundarschule wird in den nächsten dreieinhalb Stunden grundlegend geprüft, in den Fächern Deutsch, Französisch, Englisch, Algebra und Geometrie.

Anlass für das Freizeit-Exerzitium: Die Jugendlichen bewerben sich um Lehrstellen, wollen Kaufleute und Verkäuferinnen, Medizinische Praxisangestellte, Auto-, Media- und Telematiker werden. Der Basic-Check gehört in die Bewerbungsunterlagen. So fordern es ihre Lehrmeister in spe. Weil sie den Schulzeugnissen zu wenig Vertrauen schenken.

Jeder der 26 Kantone hat sein eigenes Zeugnis

«Die Unternehmer brauchen ein zusätzliches Werkzeug, weil die Schulnoten nicht mehr genügend aussagen», sagt Urs Martini, der joviale Herr, Projektleiter bei Basic-Check. Firmen, Institutionen und Arbeitgeberverbände gehören der Organisation an. Diese testet seit fünf Jahren landauf, landab, mittwochnachmittags wie samstags früh. 80 Franken kostet die Teilnahme, fünf Tage nach dem Test sind die 300 Antworten, die unter digitalem Zeitregime in einen PC eingegeben werden müssen, ausgewertet, das Leistungsprofil dem potenziellen Lehrling, der hoffnungsfrohen Lehrtochter zugestellt.

Gegen 20 000 Schülerinnen und Schüler unterziehen sich Basic-Check und die Alternative Multicheck pro Jahr, Tausende weitere Jugendliche werden von Grossfirmen wie UBS, SBB oder Migros hauseigenen Tests unterworfen. Das sei einfach nötig, denn die Zeugnisse aus verschiedenen Kantonen liessen sich nicht vergleichen, sagt Gabriel Schaad, Leiter Koordination Berufsbildung beim Mi gros-Genossenschafts-Bund.

Die Volksbildung in der Schweiz ist Sache der Kantone, und so hat jeder der 26 eidgenössischen Stände sein eigenes Zeugnis. In Genf, in der Waadt und in Basel verzichtet man auf gewissen Stufen auf Noten. Zürich unterhält zwei Oberstufen-Systeme, jedes mit eigenem Zeugnis, das wiederum in verschiedene Stärkeklassen gegliedert ist, wobei die Noten zusätzlich mit Kommentaren versehen werden.

Die Oberstufe unterscheidet sich ohnehin von Kanton zu Kanton, die Massstäbe, nach denen Zeugnisse ausgestellt werden, von Gemeinde zu Gemeinde, von Schulkreis zu Schulkreis, von Lehrerin zu Lehrer und von Klasse zu Klasse.

Dieses Notensystem, das sich am Klassenschnitt orientiert, «sagt nichts aus über die wirkliche Leistung eines Schülers», erklärt Johannes Kipfer von der Berner Erziehungsdirektion. Aus diesem Grund hat Bern ein neues Beurteilungssystem entwickelt, das seit diesem Schuljahr angewendet wird. An Stelle des herkömmlichen Zeugnisses erhalten die Schüler künftig Computerformulare, die in einer Kombination aus Note und Bericht ein Gesamtbild über Sachkompetenz, Arbeits-, Lern- und Sozialverhalten ergeben sollen. Kipfer spricht von einem «Beurteilungsmosaik» und drückt damit aus, dass es sich um ein hoch komplexes Gebilde handelt. Um den Umgang damit zu üben, müssen die Lehrer einen sechstägigen Kurs absolvieren.

Nicht geholfen ist damit den Lehrmeistern. «Sie haben Mühe, das System zu lesen, und fordern die Rückkehr zu den Noten», berichtet Kipfer. Trotzdem will die Schulbehörde am

neuen System festhalten. Kipfer spricht von einem «Paradigma-Wechsel, der viel Zeit braucht».

Ein Wirrwarr herrscht schweizweit im Zeugniswesen. Aber dies ist nur der deutlichste Ausdruck des föderalen Bildungschaos. Überall gibt es andere Traditionen, vielerorts wird geprübelt, getestet, experimentiert.

Erziehungsdirektoren wollen Kompetenzniveaus für alle festlegen

«Die Vielfalt im Bildungswesen in der Schweiz ist an eine Grenze gestossen», sagt Beat W. Zemp, Präsident des Dachverbandes Schweizer Lehrerinnen und Lehrer. «Wir möchten die Lehrpläne harmonisieren. Für die Kantone ist das ein heisses Eisen, sie fürchten den eidgenössischen Schulvogt.»

Dank Pisa, der internationalen Studie, die dem helvetischen Bildungssystem nur mittelmässige Noten erteilte, ist ein Mentalitätswandel zu erkennen. Im Rahmen des Projekts «Harmos» will die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) bis 2006 landesweit geltende Kompetenzniveaus festlegen: Jeder Schüler der 2., der 6. und der 9. Primarschulstufe soll in bestimmten Fächern jeweils die gleichen Lernziele erreichen müssen (siehe Box).

Bei den Fremdsprachen ist die EDK auf dem Weg, ein Konzept zu verabschieden, das alle Kantone verpflichtet, die Kenntnisse der Lokalsprache vermehrt zu fördern und gleichzeitig in den ersten sechs Schuljahren eine zweite Landessprache und dazu eine weitere Fremdsprache Englisch einzuführen, und zwar möglichst früh. Gegen die Umsetzung dieses Sprachenkonzepts gibt es allerdings Widerstand; im Kanton Zürich wehren sich ausgerechnet die Lehrer dagegen. «Die Schweiz ist im Sprachenunterricht im Vergleich zu den Nachbarländern ins Hintertreffen geraten, und das ist ein Problem in einer Welt des freien Personenverkehrs», sagt die Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aeppli.

Eine zusätzliche Sprache verwirrt laut Sprachwissenschaftlern die Kinder nicht, sondern stärkt ihr Sprachbewusstsein. Womit sie auch besser Deutsch sprechen können. Den Sprachunterricht zu forcieren, wäre demnach höchste Zeit: «Es ist erschreckend, dass manche nach neun Jahren Schule keinen vollständigen deutschen Satz schreiben können. Das ist kein Ausländerproblem, das ist ein Schweizer Problem», sagt Gabriel Schaad, bei der Migros für über 2400 Lehrlinge verantwortlich. Ehrgeizige Eltern bringen ihre Kinder bereits im Kindergartenalter in den privaten Englischunterricht.

Die Schule erweist sich als Abbild der Gesellschaft und das Instrument Eignungstest als ihr Gradmesser. «Wissensunterschiede nach sozialer Herkunft und Region» stellt Schaad anhand der Migros-Junior-Tests fest, mit denen der Detailriese seit fünf Jahren potenzielle Lehrlinge prüft. Zu einem ähnlichen Befund kam Bernhard Hählen, der Schulabgänger mit Multichecks testet: «Wir stellen ein Stadt-Land-Gefälle fest. In den Agglomerationen wird mehr geleistet als in den Städten.»

«Der Grundgedanke der Volksschule muss die Integration sein, nicht nur aus bildungspolitischen, sondern auch aus gesellschaftspolitischen Überlegungen, um die Gesellschaft zusammenzuhalten», sagt Martin Wendelspiess, Chef des Volksschulamts des Kantons Zürich. Mit diesem Leitgedanken soll die Volksschule reformiert werden.

Immer mehr Schüler nehmen professionellen Nachhilfeunterricht

Allerdings steht dafür nicht das ursprünglich geplante Budget zur Verfügung; im Kanton Zürich muss in den nächsten Jahren gespart werden, wie auch in Basel-Landschaft, im Aargau, in Glarus oder in Graubünden. Vielleicht müsse die öffentliche Schule bei der einen oder anderen Aufgabe erklären: «Diesen Auftrag können wir nicht übernehmen», meint Wendelspiess.

Längst haben private Institute ehemalige Aufgaben der öffentlichen Schule übernommen. Die Vorbereitung auf die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium, einst von den Primarlehrern geleistet, ist zu einer Domäne von Lernstudios geworden. Das öffentliche Schulwesen, so lässt sich zynisch sagen, hat mit der Einführung des schulfreien Samstags die Voraussetzung dafür geschaffen. Immer mehr Schüler nehmen professionellen Nachhilfe- und Förderunterricht in Anspruch. «Wir unterrichten Kinder aus allen Schichten», sagt

Klaus Loges vom Lernstudio in Zürich, einer der ältesten Institutionen auf diesem Gebiet.

Hoch begabten Kindern anerbieten sich seit wenigen Jahren spezialisierte Schulen wie die Talenta in Zürich. Wer sein Kind dorthin schicken will, braucht allerdings ein dickes Portemonnaie: Der Schulmonat kostet 1800 Franken. Mit der vom öffentlichen Schulwesen postulierten gleichen Bildungschancen für alle hat das natürlich nichts zu tun.

Das eifrige Lernen, privat oder öffentlich, zeitigt übrigens Wirkung: Immer mehr Jugendliche bestehen die Maturitätsprüfung. Damit ist allerdings der Wunsch der Wirtschaft nach hoch qualifizierten, leistungsbereiten Menschen noch nicht erfüllt. An der Universität St. Gallen müssen die Maturanden neuerdings im Rahmen eines Assessment-Jahres ihre Hochschulfähigkeit beweisen: In gewissen Fächern brechen über 30 Prozent der Neuzugänger das Studium an der Wirtschafts-Hochschule nach dem ersten Jahr ab.